

Alexander Noll schlägt die geballte Empörung entgegen

Fluglärm-Diskussion: FDP-Chef am Pranger / Lotz erinnert an „Wortbruch“

Main-Kinzig-Kreis (re/dg). Das Thema Fluglärm schlägt weiter hohe Wellen. Nachdem der FDP-Kreisvorsitzende Alexander Noll die Bemühungen heimischer Bürgermeister gegen die Absenkung der Flughöhen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens als „unangebrachten Aktionismus“ abgetan hatte, schlägt ihm die geballte Empörung seiner politischen Widersacher entgegen. Zudem äußert sich jetzt auch das Ärztenetz Spessart zu dem brisanten Thema.

■ Grüne monieren „staatstragende Ignoranz“

Aus der Sicht der Grünen zeigt die jüngste Erklärung „dessen Ignoranz gegenüber den Beschwerden der Bevölkerung“ über eine ansteigende Belastung mit Fluglärm. Der Liberale trete damit den Beweis an, dass sich die FDP, egal wo, immer sehr staatstragend verhalte, aber nie im Sinne der Menschen. Es dränge sich, so das Kreisvorstandsmitglied Bernd Kraft, der Eindruck auf, dass sich Noll eher als „Lobbyvertreter der Luftverkehrswirtschaft denn als Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger“ verstehe.

Kraft betont: „Die lärmgeplagten Menschen in der Rhein-Main-Region müssen endlich wirksamen Lärmschutz bekommen und dürfen nicht länger mit unverbindlichen Scheinaktivitäten verrostet werden.“

Zudem stellt Kraft bei der DP in Fragen des Flughafenbaus eine fehlende Interessenabwägung fest. „Schon beim Ausbau des Flughafens, wenn man im Gegensatz zu den

Grünen diese Position vertritt, hätte die FDP dem Lärmschutz eine viel bedeutendere Position beimessen müssen.“ Stattdessen nehme die Fluglärmbelastung in der Region aber ständig weiter zu. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Grünen die Kampagne des Kreises und der Bürgermeister, lässt Kraft wissen.

Er verweist auch auf den Antrag der Koalition in der Kreistagsitzung am 26. August und fordert: „Wir brauchen eine überprüfbare Verpflichtung der Flugsicherung auf den Lärmschutz und einen wirksamen Schutz der Menschen durch bindende Lärmobergrenzen für die Verursacher mit deutlichen Sanktionen bei Verstößen. Mehr Lärmschutz ist möglich, selbstverständlich ohne Abstriche an der Sicherheit zu machen. Dieses Ziel verfolgen wir. Wenn sich die FDP dabei ausschließt, spricht das für sich.“ Krafts Schlussfolgerung lautet: „Nur weiter so, Herr Noll, die Bevölkerung erkennt, wie unnötig die FDP noch ist. Menschenrechte, Freiheitsrechte, Bürgerrechte Marktwirtschaft sind besser bei den Grünen aufgehoben.“

■ Taubers Rat: Die Sorgen der Menschen ernst nehmen

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Tauber rät Noll, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Als zentrale Forderung zur Entlastung der Region vom Fluglärm bezeichnete Tauber die Anhebung der Flughöhen durch die Deutsche Flugsicherung (DFS). „Nach Gesprächen mit verschiedenen Experten scheint es so, als bestehe die Möglich-

keit, entlastende Meter nach oben zu schaffen“, erklärt der Christdemokrat. Er habe die Flugsicherung aufgefordert, neue Verfahren zu prüfen, die weniger Lärm verursachten.

In diesem Zusammenhang äußerte sich Tauber kritisch zu den Äußerungen des FDP-Kreisvorsitzenden Alexander Noll. „Man kann für den Ausbau des Flughafens sein und trotzdem Maßnahmen verlangen, die die Belastung der Menschen in der Region auf ein Mindestmaß beschränken. Hier sollte sich Noll bei der DFS und beim hessischen Verkehrsminister stark machen.“

Mit einer kleinen Anfrage zum Thema Fluglärm im Main-Kinzig-Kreis hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Heinz Lotz an die hessische Landesregierung gewandt. „Von den geänderten Flughöhen über den Main-Kinzig-Kreis wurden wir alle kalt und laut erwischt. Der erstarkte Protest gegen den Fluglärm ist in unserer Region auf einem guten Weg. Bei allen Emotionen ist es wichtig, die sachlichen Fakten zusammenzutragen“, erklärt Lotz seinen Ansatz. Schwer falle ihm die Sachlichkeit jedoch, wenn er die Äußerungen des FDP-Landtagsabgeordneten Alexander Noll höre: „Diese Meldung ist ein klassischer Noll: Kritik von der Bevölkerung und aus den Rathäusern wird von ihm als fragwürdige Methode herabgestuft. Statt sich für die Menschen in seinem Wahlkreis zu engagieren, propagiert er Obrigkeitdenken.“ Ihm fehle zudem völlig das Verständnis dafür, dass Noll über das Nachtflugverbot referiere. So schreibe Noll, dass in der Zeit von 22 bis 6 Uhr „nur“ 150 Flugbewegungen stattfinden dürften, davon 17 Flüge zwischen 23 und 5 Uhr. „Also fliegt in den übrigen zwei Stunden

durchschnittlich alle 55 Sekunden ein Flieger über uns. Abgesehen davon hat er im Landtag 2009 gegen das Nachtflugverbot gestimmt und damit den Wortbruch der FDP unterstützt“, betont der Sozialdemokrat.

■ Ärztenetz unterstützt die Rodenbacher Erklärung

Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat des Ärztenetzes Spessart, dem acht niedergelassene Ärztinnen und Ärzte aus dem gesamten Kreisgebiet angehören, in seiner jüngsten Sitzung ausführlich mit dem Thema „Gesundheitliche Belastungen durch den Flughafen Frankfurt“ beschäftigt. Aus Sicht der Haus- und Fachärzte nehmen die gesundheitlichen Belastungen nicht nur durch den Lärm, sondern auch durch die giftigen Emissionen im Spessart und dem Kinzigtal deutlich zu. Internationale wissenschaftliche Studien belegen laut den Ärzten, dass neben Schlafstörungen vermehrt Depressionen, Bluthochdruck und Atemwegserkrankungen auftreten. „Davor wollen wir unsere Patienten, aber auch alle Bürger und Gäste in unserer Heimat schützen“, sind sich die medizinischen Fachleute einig. Insofern unterstütze auch das Ärztenetz die von vielen heimischen Kommunen mitgetragene Rodenbacher Erklärung.

Zudem gab der Main-Kinzig-Kreis bekannt, dass bei der eigens eingerichteten Beschwerdeadresse fluglaerm@mkk.de bereits 150 E-Mails eingegangen seien; der Kreisbeigeordnete Dr. André Kaval (SPD) begrüßte diese Entwicklung.